

Die letzte sowjetische Offensive im Kalten Krieg

Von Gerhard Wettig

Michael PLOETZ/Hans-Peter MÜLLER, *Ferngelenkte Friedensbewegung? DDR und UdSSR im Kampf gegen den NATO-Doppelbeschluss*, Münster 2004, 386 S.

Anfang der siebziger Jahre schien sich der Kalte Krieg zu beruhigen. Die NATO hatte 1967 auf das sowjetische Verlangen nach „friedlicher Koexistenz“ mit einem Doppelkonzept reagiert, das außer Abschreckung durch Verteidigungsfähigkeit eine Entspannungspolitik vorsah. 1969 leiteten Nixon und Kissinger Verhandlungen mit der UdSSR ein über eine Stabilisierung des Ost-West-Verhältnisses auf der Grundlage militärischer Parität (die dem Kreml erstmals zugestanden wurde). Sie unterstützten auch die Bonner Bemühungen um Konfliktvorbeugung in Deutschland und Europa mit dem Ergebnis, dass im September 1971 die latent-kritische Lage in Berlin durch einen Modus vivendi überwunden wurde. 1972 wurden die Beziehungen der deutschen Staaten und die global-strategische Relation der Supermächte vertraglich geregelt. Drei Jahre später weckte die Schlussakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa zusätzliche Hoffnungen, dass sich der Kalte Krieg allmählich dem Ende zuneige. Das erwies sich jedoch bald als Illusion. 1975 brach die kommunistische Seite das Vietnam-Abkommen und eroberte den von den USA geräumten Süden, und die westliche Aufklärung entdeckte den beginnenden Aufwuchs sowjetischer Raketen, die sich gegen Westeuropa richteten. Diese SS 20 waren geeignet, das global-strategische Gleichgewicht (das die UdSSR überdies zu ihren Gunsten zu verändern suchte) zu unterlaufen, indem sie die NATO auf der euro-strategischen Ebene wehrlos machten. Die Westeuropäer befürchteten, sie sollten von der globalen Abschreckung abgekoppelt und danach unwiderstehlichen Pressionen ausgesetzt werden. Maßgebliche Regierungschefs, vor allem Bundeskanzler Schmidt, wandten sich mit ihrer Sorge vergeblich an Washington und Moskau. Präsident Carter war auf die globale Rüstungsrelation fixiert, und die Breschnew-Führung war nicht bereit, auf die SS 20 zu verzichten oder auch nur Reduzierungen ihres Aufwuchses zu akzeptieren.

Westeuropäischer Druck bewog Carter schließlich 1979 dazu, auf die Herausforderung durch die SS 20 zu reagieren, weigerte sich aber nach wie vor, das Problem in die Gespräche mit der UdSSR über Reduzierung der strategischen Rüstungen einzubeziehen. Für ihn kamen nur separate Verhandlungen in Betracht. Die Verbündeten sahen sich zum Einverständnis genötigt. Der Kreml sollte dadurch zum Eingehen auf das westliche Verlangen bewogen werden, dass man ihn mit der Entschlossenheit konfrontierte, andernfalls wer-

de man nach Ablauf von vier Jahren Raketen in Westeuropa stationieren, die sich gegen die Sowjetunion richteten und damit eine neutralisierende Gegenbedrohung darstellten. Das wurde im Dezember 1979 von der NATO im „Doppelbeschluss“ festgelegt: Der Westen wollte in Verhandlungen die Bereitschaft Moskaus testen, aber zugleich eine „Nachrüstung“ vorbereiten, falls sich keine befriedigende Regelung erreichen lasse. Die damit geschaffene Ausgangsposition für die Auseinandersetzung mit der UdSSR war weit weniger günstig, als die Urheber meinten. Das Interesse an einer Übereinkunft lag überwiegend auf westlicher Seite. Vor allem Schmidt hoffte dringend darauf, dass die Gegenstationierung nicht erforderlich werden würde. Er setzte auf Abrüstung, die überdies seiner Partei weithin als allein akzeptable Option erschien. Da die Bundesrepublik das Land war, von dem die Aufstellung der NATO-Raketen abhing, sah der Kreml der Entwicklung mit Gelassenheit entgegen.

Die sowjetische Führung hatte sich zudem seit langem auf eine Situation vorbereitet, wie sie nun im Westen entstand. Wie Michael Ploetz und Hans-Peter Müller darlegen, war auf der Konferenz der kommunistischen Parteien von 1969 ein – danach vom Moskauer Parteiapparat ausgearbeitetes und auf einer Reihe weiterer Tagungen ergänztes – Konzept des Kampfes in den westlichen Ländern beschlossen worden, durch das der Westen sukzessive Niedergerungen werden sollte. Zunächst fehlten jedoch zündende Parolen zur Mobilisierung der Öffentlichkeit gegen die Hauptfeinde USA und NATO. Die ließen sich nunmehr auf Grund des Doppelbeschlusses formulieren: Wie es hieß, musste westliche Hochrüstung und die daraus erwachsende nukleare Vernichtung der Menschheit verhindert werden. Den Beweis dafür, dass viele diesem Appell folgten und der Westen dann einknickte, hatte kurz zuvor die Kampagne gegen die „Neutronenbombe“ geliefert: Carter hatte darauf verzichtet, mit einer neuen Waffe der sowjetischen Panzerüberlegenheit ein Ende zu bereiten.

Die Richtlinien Moskaus für den Kampf gegen den Westen „auf gesellschaftlicher Ebene“ wurden publiziert und liegen auch in deutscher Sprache vor.¹ Ebenso gibt es bereits mehrere Untersuchungen über die Interaktionen der UdSSR und DDR mit Friedensbewegungen in westlichen Ländern.² Das

1 Als grundlegendes Werk siehe Wladimir W. SAGLADIN, *Die kommunistische Weltbewegung. Abriß der Strategie und Taktik*, Berlin (Ost) 1973.

2 Udo BARON, *Kalter Krieg und heisser Frieden. Der Einfluss der SED und ihrer westdeutschen Verbündeten auf die Partei „Die Grünen“*, Münster 2003; Jürgen MARUHN/Manfred WILKE (Hg.), *Die verführte Friedensbewegung. Der Einfluss des Ostens auf die Nachrüstungsdebatte*, München 2001; Jeffrey HERF, *War by Other Means. Soviet Power, West German Resistance, and the Battle of the Euromissiles*, New York/Toronto 1991; Jonathan HASLAM, *The Soviet Union and the Politics of Nuclear Weapons in Europe, 1969–87. The Problem of the SS-20*, Basingstoke/London 1989; Gerhard WETTIG, *High Road, Low Road. Diplomacy and Public Action in Soviet Foreign Policy*, Washington/D.C. 1989.

besondere Verdienst von Ploetz und Müller ist, die Richtlinien nicht nur als Quelle für das Vorgehen der Sowjetunion und ihrer Gefolgschaftsstaaten angesichts des Nachrüstungsbeschlusses der NATO herangezogen, sondern auch deren operative Bedeutung durch Archivadokumente der DDR im Einzelnen nachgewiesen zu haben. Diese sind nicht, wie man im Westen vielfach gemeint hat, bloß als ideologische Konstruktionen anzusehen, sondern stellten primär Anweisungen dar, die in praktisches Handeln umgesetzt wurden, als sich 1980–1983 die Möglichkeit dazu ergab. Ebenso wird deutlich, dass die kommunistische Seite die westlichen Protestgruppen zwar nie beherrschte, wohl aber ihr Vorgehen bei wichtigen Weichenstellungen wesentlich beeinflusste. Auf ihre Einwirkungen geht zurück, dass der Konsens aller beteiligten Gruppen zur alleinigen Richtschnur der Protestaktionen wurde. Damit waren alle Optionen ausgeschaltet, denen die Kommunisten die Zustimmung verweigerten, und diejenigen Kräfte marginalisiert, die mit der Friedensopposition im Osten zusammenarbeiten wollten. Eine einseitige Ausrichtung nahezu des gesamten Vorgehens gegen die NATO war das Ergebnis.

In Italien und Frankreich, wo die Kommunisten wegen grundsätzlicher Differenzen mit Moskau den Protest nicht organisatorisch und finanziell unterstützten, blieb es ruhig. In der Bundesrepublik und den Niederlanden dagegen war der Erfolg zu Beginn der achtziger Jahre größer, als man in Moskau erwartet hatte. Besonders wichtig erschien, dass sich die SPD zunehmend gegen ihren eigenen Bundeskanzler wandte, weil er für die Raketenstationierung eintrat, falls sich die UdSSR unnachgiebig zeige. Dieser hoffte vergebens, dass ihn der Kreml durch Entgegenkommen unterstützte, um eine Regierungsübernahme durch die CDU/CSU zu verhindern. Dazu bestand nach sowjetischer Einschätzung kein Grund, weil man meinte, nach dem Fall Schmidts würden „Friedenskräfte“ die Nachfolge antreten. Auch nachdem im Herbst 1982 Helmut Kohl die politischen Zügel in Bonn ergriffen hatte, glaubte man im Kreml noch immer an den Sieg der Nachrüstungsgegner. Nach dem Wahlsieg der CDU/CSU-FDP-Koalition im März 1983 setzte die sowjetische Führung darauf, die Bundesregierung könne den Nachrüstungsbeschluss wegen starken Widerstands im Lande unmöglich vollziehen. Es kam zwar – wie schon in den vorangegangenen Monaten und Jahren – zu Massenprotesten, die Stationierungsorte und das Verteidigungsministerium wurden blockiert, aber obwohl die ersten Raketen mit Hubschraubern eingeflogen werden mussten, das Ministerium zunächst nur auf dem Luftweg erreichbar war und der Kreml nicht näher spezifizierte „Gegenmaßnahmen“ und eine „neue Eiszeit“ androhte, gaben Kohl, Genscher und Wörner nicht nach und bewahrten damit die NATO vor einer möglicherweise tödlichen Krise. Die sowjetische Führung fand sich mit dem Scheitern ihres Bemühens nicht ab, sondern suchte die entgangene militärische Überlegenheit doch noch zu gewinnen und verstrickte ihr Land in eine Überrüstung, die dessen bereits überbeanspruchte Kräfte vollends er-

schöpfte. Das veranlasste Gorbatschow ab 1986 zu einem Kurswechsel, der das Ende des Kalten Krieg einleitete.

Ploetz und Müller weisen nach, dass das sowjetische Konzept der „friedlichen Koexistenz“ in Theorie und Praxis etwas anderes war, als man im Westen weithin glaubte: Nicht Entspannung auf der Basis eines wechselseitig stabilisierten Status quo, sondern antiwestlicher Kampf mit Mitteln, bei deren Einsatz man keinen „großen“ Krieg zwischen Ost und West riskierte, war das Ziel. Dementsprechend sollten nicht nur bewaffnete Kämpfe in der Dritten Welt, sondern auch „Friedensoffensiven“ auf der innerstaatlichen Ebene die Macht des Westens brechen. Der Haltung Schmidts und anderer westlicher Politiker lag eine fundamentale Fehlwahrnehmung zu Grunde: Die Erwartung, die Bereitschaft zur Stabilisierung der kommunistischen Besitzstände schaffe ein kooperatives Verhältnis zur UdSSR, ging völlig an der Wirklichkeit vorbei. Der Breschnew-Führung galt Schmidt ausschließlich als Widersacher der SS 20, mit der man sich ein Übergewicht in Europa zu verschaffen hoffte. Er war folglich ein Feind der sowjetischen Politik insgesamt, den es auszuschalten galt.³

Vor diesem Hintergrund stellen Ploetz und Müller dar, welche Beschlüsse über das Vorgehen in den westeuropäischen Ländern der Kreml im Warschauer Pakt und auf den Tagungen der ZK-Sekretäre für internationale und ideologische Fragen in den Jahren von 1978 bis 1983 fassen ließ und wie auf dieser Grundlage der „Friedenskampf“ in der Bundesrepublik durch den Friedensrat der DDR und andere Vermittler organisiert wurde. Drei einschlägige Protokolle des SED-Politbüros sind im Wortlaut beigelegt. Insgesamt bietet das Buch einen klaren und zuverlässigen Einblick in das kommunistische Bemühen um Instrumentalisierung der westdeutschen Anti-Raketen-Bewegung und in die zu Grunde liegenden konzeptionellen Vorstellungen der UdSSR. Eine beigelegte Bibliographie weist den interessierten Leser auf weitere Literatur hin.

3 Vgl. Andrej A. GROMYKO, *Pamjatnoe*, Bd. 1, Moskau 1988, S. 471–474. In der überarbeiteten deutschen Ausgabe kommt die negative Haltung gegenüber Schmidt nicht so klar zum Ausdruck.

